

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

11.02.2026

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: VGF 019/26 - Schienenersatzverkehr (SEV) zwischen Südbahnhof und Stresemannallee / Mörfelder Ldstr. vom 02.03. - 15.03.2026

Auftraggeber: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

DETAILS ZUR BEKANNTMACHUNG

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Kurt-Schumacher-Str. 8
60311 Frankfurt am Main
Deutschland
+49 6921323300

vergabestelle@vgf-ffm.de

2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Schienenersatzverkehr (SEV) zwischen Südbahnhof und Stresemannallee / Mörfelder Ldstr. vom 02.03. - 15.03.2026

Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main (VGF) sucht im Auftrag des Amts für Straßenbau und Erschließung einen Betreiber für Schienenersatzverkehr auf Grund einer Sperrung der Straßenbahntrasse Linie 18 zwischen den Haltestellen Frankfurt Südbahnhof und Stresemannallee/Mörfelder Ldstr.. Der Schienenersatzverkehr beginnt am Mo 02.03.2026 mit Betriebsbeginn und endet am So 15.03.2026 mit Betriebsende

Ort der Leistungserbringung:
60311 Frankfurt am Main

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Nein

7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 02.03.2026 Bis: 15.03.2026

9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

<https://bieterzugang.deutsche-vergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/00d16545-ee10-482d-8105-8c7251a2820f>

10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 16.02.2026 10:00:00
Bindefrist: 16.03.2026

11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

keine

12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Zahlungsbedingung: Skonto zugelassen, Zahlbarmachung innerhalb von 14 Tagen, innerhalb von 30 Tagen netto.

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Der Bewerber/Bieter weist seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) gemäß §§ 31 Abs. 1, 33 Abs. 1 UVgO nach.

Nachzuweisen sind nachfolgende Kriterien, wobei die Art der Nachweiserbringung in den Vergabeunterlagen angegeben wird. Regelmäßig werden Formblätter vorgegeben.

Zuverlässigkeit im Sinne von § 31 Abs. 1 UVgO in Verbindung mit §§ 123, 124 GWB

Eintragung im Handelsregister, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist.

Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz und § 19 Mindestlohngesetz.

Zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

Angabe des Gesamtumsatzes in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren

Angabe des Umsatzes mit vergleichbaren Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren

Zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:

Erbringung von vergleichbaren Leistungen in den letzten 5 abgeschlossenen Kalenderjahren

Die fachliche Eignung des Auftragnehmers (im Folgenden AN) ist nachzuweisen. Der Nachweis wird i.d.R. durch Vorlage einer Genehmigung nach §§ 42 ff. PBefG, einer Genehmigung für Gelegenheitsverkehre bzw. bei ausländischen Unternehmen durch die Vorlage einer gültigen EU-Lizenz entsprechend der EG VO 1073/2009 oder durch eine Bescheinigung über die fachliche Eignung als Kraftverkehrsunternehmen gem. Art 21 EG VO 1071/2009 in Verbindung mit Anlage III zur EG VO 1071/2009 erbracht.

Die Eignung setzt dabei mindestens Folgendes voraus:

Erbringung von mindestens drei vergleichbaren Leistungen in der Auftragshöhe und der Anzahl der benötigten Busse den letzten 5 abgeschlossenen Kalenderjahren

Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht und Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)

Verpflichtungs- und Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)

Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland

Allgemeine Vertraulichkeitserklärung zum Vergabeverfahren der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen (HVA-L Vorlage 103 Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmer)

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass sie im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter bilden und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften ("Bietergemeinschaftserklärung").

Bietergemeinschaften werden Einzelbietern gleichgesetzt, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betrieb oder in den Betrieben der Mitglieder ausführen.

Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Präqualifizierungsdatenbank (Amtliche Verzeichnisse) für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (HPQR, AVPQ) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmen der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmen wie beschrieben zu führen.

Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis